

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 30. September 2022

Sandra Redmann:

Bärendienst für das Wolfsmanagement in Schleswig-Holstein

TOP 26: Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht (Drs. 20/234, AltA 20/301)

„2008 haben wir in der Großen Koalition die Erstellung eines Wolfsmanagements für Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Ziel war es, die Rückkehr des Wolfes professionell begleiten zu können. 2022 stellt Schwarz/Grün nun den Antrag, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen.“

Ich kann mich kaum an ein Thema während meiner Landtagstätigkeit erinnern, das solche Emotionen hervorgerufen hat. Zwischen Euphorie und blankem Hass gibt es eigentlich alles. Stand zu Beginn noch das " Willkommen Wolf", geht es mittlerweile fast ausschließlich darum, den Wolf mit allen Mitteln wieder loszuwerden. Bestand regulieren und Obergrenze nennt man es. Keine Wölfe in Schleswig-Holstein meint man.

Und ja, das Zusammenleben zwischen Wolf, Mensch und Weidetieren ist nicht einfach. Und natürlich können wir alle die Betroffenheit der Tierhalter*innen verstehen, wenn sie ihre Schafe tot oder schwer verletzt vorfinden. Da spielen sich teils dramatische Szenen ab und auch der finanzielle Schaden ist nicht zu vernachlässigen. Dafür gibt es das sich ständig weiterentwickelnde Wolfsmanagement. Was gerne in der Debatte vergessen wird ist allerdings, dass die Halter*innen verpflichtet sind, ihre Tiere zu schützen. Und dabei wollen wir sie so gut es geht unterstützen. Präventionsmaßnahmen stehen dabei im Vordergrund. Es gibt etliche Förderungen, Beratungen und natürlich auch Entschädigungen. Wolfsbetreuer*innen, Rissgutachter*innen und auch die zuständigen Mitarbeitenden in Ministerium und LLUR stehen zur Seite. Und ich möchte mich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich für deren Engagement bedanken. Die Präventionsmaßnahmen haben in den bisher am meisten betroffenen Kreisen zu einer deutlichen Verringerung der wolfsbedingten Schäden geführt. Und lassen Sie mich hier einfügen, dass die meisten Todesursachen von Schafen nach wie vor nicht durch den Wolf verursacht sind. In 5 Minuten kann ich das leider nicht alles genauer ausführen.

Was kann und muss man nun von Politik erwarten? Wir sollten doch eigentlich die Weiterentwicklung des Managements sachlich begleiten, ein offenes Ohr haben und die

fachliche Expertise nutzen. Was wir nicht sollten, ist die Debatte anzuheizen, zu polemisieren, mit Halbwahrheiten zu arbeiten und bewusst die Stimmung am Kochen zu halten. Das ist unverantwortlich. Und glauben sie mir, ich war auf genug Veranstaltungen, um das beurteilen zu können. Es ist jedem selbst überlassen, ob er sich neben toten Schafen fotografieren lässt und das dann medienwirksam präsentiert. Keine Frage. Andere posten Lammkoteletts. Und natürlich ist es für die Öffentlichkeit leider auch interessanter, Berichte über halb angefressene Schafe zu lesen, als etwas über die vielen guten Beispiele des Herdenschutzes. Es gibt viele Schafhalter, die gut zurechtkommen. Natürlich ist der Schutz mühsam, aber die machen das.

Besser hätten CDU und FDP es zu einer Landtagsdebatte gar nicht inszenieren können: 2 nachgewiesene resistente Paare in Schleswig-Holstein. Eigentlich leben die ganz friedlich vor sich hin. Und nun Aufnahme ins Jagdrecht. Was mit der FDP nicht gelungen ist, mit den Grünen klappt es. Die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht dürfte Jäger*innen eine Nottötung allerdings ermöglichen und macht das damit für diese erst kompliziert. Denn jeder von Jäger*innen "erlöste" Wolf muss bei den Behörden abgegeben werden und von diesen untersucht werden. Die Tötung eines überlebensfähigen Wolfs wird zu einer strafrechtlichen Verfolgung gegen den Jäger führen. Und mit der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht werden bei maßgeblichen Entscheidungen nun immer zwei Behörden einvernehmlich entscheiden müssen - die Jagd- und die Naturschutzbehörde. Für eine tierschutzgerechte Tötung haben wir seit 2016 ein bewährtes Verfahren.

Was veranlasst Sie eigentlich zu der Annahme, dass die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht wirksamer ist als die Präventionsförderung? Es sind dadurch so viele Fragen offen und müssen mühsam neu geklärt werden. Eine für uns ganz wesentliche Frage: Die in den Naturschutzbehörden aufgebaute Kompetenz im Wolfsmanagement ist vorhanden und bewährt. Der Aufbau einer Parallelstruktur im Jagdministerium ist langwierig, teuer und aufgrund begrenzter Experten- und Ehrenamtspersonal eigentlich praktisch unmöglich Und viele Jäger*innen wollen das auch gar nicht.

Liebe Grüne, Sie haben sich über den Tisch ziehen lassen. Das weiß auch die FDP und setzt deshalb noch einen oben drauf. Sie will im Grunde gar keine Wölfe mehr, sagt es nur nicht direkt. Und dabei schrecken sie vor keiner noch so billigen Begründung zurück. Fakten stören da eher, coole Sprüche, paar markige Sätze, hier und da auf Veranstaltungen den Anti-Wolf machen. Sie zerstören hier bewusst gewachsene Strukturen, die natürlich immer wieder mit Nachbesserungen, funktioniert haben. Ob mit Tierschutzbegründung oder mit Populismus ist eigentlich egal. Sie werden dem Wolfsmanagement und auch den Weidetierhaltern in Schleswig-Holstein damit einen Bärendienst erweisen.“